

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 P., monatlich 22 P., ohne Postbestellgebühr. Zur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 24. Januar 1918

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsintrate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 10

## Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Papiernot und Papierverfeuerung:** II. Ein neuer Warnruf der Zeitungsverlegerorganisation an die Reichsbehörden; III. Ein parlamentarischer Ausschuss zur Prüfung der Papierlieferungen an die Presse; IV. Die Presse über die Profesterversammlungen gegen die Papiernot; V. Zeitungsnot.  
**Das Buchgewerbe im Ausland:** Österreich, — Ungarn, — Schweiz, — Schweden, — Frankreich, — Rußland, — Amerika.  
**Ernährungswirtschaft:** Das Problem der Kriegsmassenerzeugung; Die Nothilfe.  
**Korrespondenzen:** Bauen, — Dessau, — Erlangen, — Frankfurt a. d. O., — Freiburg i. Br., — Gießen, — Göttingen, — Heilbronn, — Jena, — Leipzig, — München, — Nürnberg, — Regensburg, — Rostock, — Saarbrücken, — Schlesien, — Wittenberg, — Jilau.  
**Wandlungen:** Von Buchdruckern im Kriege. — Die Buchdrucker als Schwere- und Schwerstarbeiter, — Buchdrucker im Gerichtsdiens, — Meßprüfung, — Gasperre, — Kräfte- und Lichtmangel als Vermehrung der Schwierigkeiten im Druckereibetriebe, — Unberechtigte Ertragsgewinne im Buchhandel, — Befriedigung zwischen Gewerkschaften und Kriegsernährungsamt, — Zur Bekämpfung der Forderungszulagen in Sachsen.

## Papiernot und Papierverfeuerung

### II. Ein neuer Warnruf der Zeitungsverlegerorganisation an die Reichsbehörden.

Am 16. Januar hat in Berlin der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungsverleger mit Vertretern der Kreisvereine gemeinsam gefast. Beratungsgegenstand war die Papiernot, die durch den Vorkauf der Gebilichkeit nun weit mehr zum Gegenstande der öffentlichen Aufmerksamkeit geworden ist. Im „Zeitungsverlag“ wird kurz gemeldet, daß diese Konferenz sich mit einer dringenden Eingabe an das Reichswirtschaftsamt als die direkt in Betracht kommende Stelle wendte, aus der der wesentlichste Teil folgendermaßen wiedergegeben wird:

Die deutschen Zeitungen stehen unmittelbar vor der Gefahr, ihre in dieser Zeit nicht wichtig genug einzuschätzenden nationalen Aufgaben nicht mehr erfüllen zu können. Wenn nicht mit den vorhandenen und möglichen Mitteln von maßgebender Seite eingeschritten wird, muß sich binnen kurzem die Papiernot zu einer Katastrophe auswachsen. Viele Zeitungen, insbesondere die nahe den Reichsgrenzen erscheinenden, werden in absehbarer Zeit ohne Papier sein, während jetzt schon die auf den denkbar kleinsten Bruchteil der Friedensleistung herabgesetzte Verbrauchsmenge fast überall nicht mehr geliefert werden kann.

Nach den Feststellungen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, der beruflichen Vertretung der überwältigenden Mehrzahl der deutschen Zeitungsverlage, kann zweifellos die schlimmste Gefahr beseitigt werden, wenn sämtliche Zeitungsdruckpapierfabriken und diejenigen Fabriken, die Zellstoff, Holzstoff und Filze herstellen, aber nur soweit diese Stoffe zur Zeitungspapierherstellung dienen, hinsichtlich der Kohlenbelieferung auf die sogenannte V-Liste gesetzt und demgemäß auch wirklich in der Kohlenbelieferung als äußerst kriegswichtig behandelt und vorangestellt werden.

Die Notwendigkeiten dieses Eingreifens liegen auf der Hand. Die Zeitungspapierherzeugung nimmt im Verhältnis nur einen kleinen Teil des Kohlenbedarfs in Anspruch. Andererseits war, ganz abgesehen davon, daß viele Tausende von Existenzen auf dem Spiele stehen, wenn die Zeitungen auch nur vorübergehend zum Erliegen kommen, das ungehörige Erscheinen der gesamten deutschen Zeitungen nie dringender nötig als heute.

Das nach dem Umfange der Anlieferungen sich ergebende geringe Papierquantum kann also fast überall nicht mehr geliefert werden, der Zeitpunkt des völligen Zusammenbruchs ist sehr nahegerückt. Man kann sagen, das Verhängnis vollzieht sich mit mathematischer Genauigkeit.

Ob die Zeitungsverlegerorganisation mit ihrem scharfen Warnungssignal eine andre Antwort vom Reichswirtschaftsamt erreichen wird als die schlecht verbrämte Erklärung der Ohnmächtigkeit an das Reichsamt? In wer weiß wie häufiger Wiederholung wird dem Reichswirtschaftsamt gesagt, daß richtige Kohlenbelieferung der Papierfabriken kein Ding der Unmöglichkeit sein kann. Daß viele Tausende von Existenzen auf dem Spiele stehen, müßte ja schließlich auch nicht ohne Eindruck bleiben. Indes, wo

der Rüstungsbedarf zum Feilschismus geworden ist, predigt man lauten Ohren. Es werden deshalb eventuell noch stärkere Register gezogen werden müssen, wenn die Bedeutung der Presse nur davon abhängig gemacht wird, daß sie für gewisse Erfordernisse sich in nichtumzubringender Selbstlosigkeit opfert. Warten wir also das Ergebnis dieser Eingabe ab, um dann notwendigenfalls mehr zu sagen.

Das Vorgehen der Zeitungsverlegerorganisation selbst verdient Anerkennung.

### III. Ein parlamentarischer Ausschuss zur Prüfung der Papierlieferungen an die Presse.

Im Hauptausschusse des Reichstags beantragte die Abgeordnete Goldstein (Fortschrittliche Volkspartei), Ober (Sozialdemokratische Partei), Erzberger (Zentrum), Prinz Schönbach (Nationalliberale Partei) die Einsetzung eines Unterausschusses von sieben Mitgliedern, der eine Prüfung der Papierbelieferung der verschiedenen Zeitungen durch die Reichsstelle vorzunehmen und dem Hauptausschusse darüber Bericht zu erstatten hat.

Diese kurze Meldung zu der Sitzung des Hauptausschusses vom 19. Januar ist nicht genau; wir haben sie in unserer Überschrift daher nach dem Zweckmäßigkeitsstandpunkt ausgedeutet. Gewählt ist dieser Unterausschuss bereits, so daß die von den vier großen Reichstagsfraktionen ergriffene Initiative um so mehr zu begrüßen ist. Die Profestoren der Gebilichkeit im Buchdruck- und graphischen Gewerbe gegen die Papiernot dürfte nicht ganz ohne Einfluß auf das parlamentarische Vorgehen gewesen sein, dessen Notwendigkeit wir bekanntlich in unsern Artikeln auch hervorhoben.

Wir wünschen lebhaft, daß in den Unterausschuss nun auch Fachmänner gewählt sind, die der Reichstag an sich genügend aufweist, wenn uns auch deren Vertretung im Hauptausschusse nicht bekannt ist. Richard Fischer, der technische Leiter des „Vorwärts“, wurde von der Sozialdemokratischen Fraktion als sachkundiges Mitglied in diesen Ausschuss entsandt. Und dann erwarten wir mit Bestimmtheit ein entschiedenes Durchgehen dieses Unterausschusses gegenüber der Regierung und den Reichsstellen, damit als wirkliche Tatsache angesehen werden kann, daß die Wichtigkeit des Fortbestandes der Buchdruckereien und Zeitungsbetriebe für das allgemeine Interesse leitens der Reichsleitung nicht verkannt wird, wie es in der Antwort des Reichswirtschaftsamts an das Reichsamt heißt.

### IV. Die Presse über die Profesterversammlungen gegen die Papiernot.

In Nr. 8 sagten wir bei einem vorläufigen Überblick von dem, was die Versammlungen am 13. Januar erbracht haben, in einigen Großstädten hätten es die Zeitungen an Beachtung dieser Profestebewegung fehlen lassen. Erfreulicherweise müssen wir uns damit selbst widerlegen. Wie selbst in mittleren und kleinen Druckorten die Kollegenchaft dem Rufe Folge leistete, gegen die immer schlechter werdende Papierverförmung ihre Stimme zu erheben, so hat auch die Presse überall von den Versammlungen Notiz genommen. Häufig sogar in selbständigen Artikeln, worin dann die Rede auf die Verantwortungen vom 13. Januar kam. Wir sind also nach dieser Richtung befriedigt.

Das gewerkschaftliche Zentralorgan, das „Korrespondenzblatt“, bringt in seiner neuesten Nummer eine größere Notiz. Der Buchdruckerverband sei in eine Bewegung gegen die Papiernot und Papierwucher eingetreten, die auf die Sympathien weitaus der Kreise rechnen könne. Der „Korr.“ wende sich mit mehreren sehr lehrreichen Aufsätzen gegen diese Zustände. Worauf kann Auszüge aus unsern Artikeln in den Anz. 4 und 5 folgen.

### V. Zeitungsnot.

Der „Zeitungsverlag“ vom 18. Januar enthält unter dieser Schwärze wieder eine Zusammenfassung von allerlei Schwierigkeiten und Widrigkeiten, wie sie immer mehr die Regel werden bei der Zeitungsherstellung. Das

Verlagen von Gas- und Kraftlieferung bzw. die vielerorts eingeföhrten Sperrzeiten dafür vergrößern das Unheil natürlich noch beedeufend. Nachstehend in Ergänzung früherer Mitteilungen einiges über „moderne“ Zeitungsnotizen aus dem Organ des Vereins Deutscher Zeitungsverleger:

Das „Kamener Tagesblatt“, das schon einmal wegen Mangels an normalem Druckpapier auf grünem Wackelpapier gedruckt werden mußte, erscheint neuerdings in rotgefärbtem Papier. Wegen Papiermangels erscheint das „Oberbarnimer Kreisblatt“ in Freienwalde nur zweiföhlig. Die „Ostböhmerische Zeitung“ in Alma hat wegen Papiermangels die Ausgabe ihres Sonntagsblatts eingestellt. Der „Sainicher Anzeiger“ konnte am Mittwoch und Donnerstag vergangener Woche nicht erscheinen, weil die Stadt von der Oberlandzentrale Gröbriela keinen elektrischen Strom bekommen konnte. Wegen Ausbleibens der Post konnte das „Rügensche Kreis- und Anzeigerblatt“ in Putbus vom 3. Januar nicht erscheinen. Die „Anhaltische Sonntagszeitung“ konnte am 7., 9. und 10. Januar nur zweiföhlig und mußte dazu am 11. und 12. auf gelbbraunem Papier erscheinen. Die „Embsche Zeitung“ brachte ihre Nummern 6, 7 und 8 (8., 9. und 10. Januar) grün, blau und braun heraus. In allen Farben des Regenbogens schillert seit Monaten der „Bote für Pommern“, ein evangelisches Sonntagsblatt. In Pommern erschienen ferner weiterhin wiederholt im Umfange von nur zwei Seiten die „Schwibbeiner Kreiszeitung“, das „Dramburger Kreisblatt“, die „Falkenburger Zeitung“, das „Polziger Tagesblatt“, ferner das „Greifendorfer“ und das „Kämmerer Kreisblatt“ und die „Swinemünder Zeitung“. Von der „Schwäbischen Zeitung“ erscheint seit mehreren Tagen eine gleichfalls nur zweiföhlige Notausgabe. Die „Frankfurter Nachrichten“ mußten am 7. Januar abends auf braunem, latiniertem Papier in zwei Dritteln ihres Formats, nur teilweise bedruckt, erscheinen. Die „Welfer Zeitung“ mußte einige Ausgaben in kleinerem Format drucken. Die weiterhin durchaus ungenügend bellesterten Berliner Blätter aber verließen unter den Transportstörungen der letzten Tage wiederholt noch eine halbe Stunde vor Druckbeginn noch nicht über die unbedingt benötigten Papiermengen.

Die kleinen wie die großen Blätter sind also gleich schlimm daran. Was von den Berliner Zeitungen gesagt wird, zeigt, daß in der Papierlieferung nach der Reichshauptstadt sich immer noch nichts geändert hat. Neuerdings helfen sich große und kleine Blätter auch mit Papier andern Formats, um überhaupt nur herauskommen zu können. Da sieht man denn ungleiche Kästchen: vier und drei Spalten oder Zeilen in beträchtlich kleinerer Gestalt. Es sind unerhörte Zustände, die nur noch eine Steigerung erfahren können, nämlich im Einkellen des Erscheinens. Dann werden die Behörden wohl doch merken, was die Presse zu bedeuten hat.

## Das Buchgewerbe im Auslande

**Österreich.** Die Bestellung einer sogenannten Papierkommission wurde durch Verordnung der österreichischen Regierung verfügt. Diese Kommission besteht aus Vertretern einzelner Ministerien und der in Betracht kommenden Fachkreise. Das Handelsministerium wird ermächtigt, alle zur Sicherung des nötigen Papiers zweckdienlichen Maßnahmen zu treffen; darunter ist die Anmeldepflicht für Papier und Zellulose und die Sperre der Bestände vorgelesen.

Zur Befestigung der Papiernot richteten die nachstehenden Fachgruppen eine gemeinsame Eingabe an das Handelsministerium: der Niederösterreichische Gewerbeverein, der Verein der österreichischen Papierinteressenten, die Vereinigung der österreichischen Tageszeitungen, der Zentralverein der Zeitungsunternehmungen, das Öremiten der Lithographen, Stein- und Kupferdrucker Wiens, die Genossenschaft der Buchbinder und Kartonnagemwarenerzeuger, der Verein der Buchbindermeister Wiens, der Klub der vereinigten Kartonnagemwarenfabrikanten und -erzeuger Wiens und die Genossenschaft der Papier-, Zeichen- und Schreibwarenhändler. Wo bleiben diese an der Befestigung der Papiernot interessierten Kreise in Deutschland? Sie überlassen es mit den bekannten Ausnahmen den Gebilichen, Abwehrmaßnahmen von der Regierung zu fordern.

**Zugelanges Richterleihen der Wiener Setzungen** war die Folge der hauptsächlich in Wien und Niederösterreich in der vorigen Woche ausgebrochenen politischen Streikbewegung. Ursachen dazu bildeten die Kürzung der Meßquote, also Ernährungschwierigkeiten, und die in Pressenotwehr zum Ausdruck gekommene Schwankung in den Friedenspreisen der Mittelstände, also das allbekannte Anreizensreiben unter mäßiglicher Bedienung. Nach beruhigenden Versicherungen der österreichischen Regierung sind die Blätter vom 21. Januar an wieder erschienen.

**Ungarn.** Aus einer Übersicht der während der Kriegszeit errungenen Lohn- und Feuerungszulagen geht hervor, daß Ungarn, was deren Höhe anbelangt, sehr gut abgezeichnet hat. Allerdings steht das Land auch, wie das ungarische Verbandsorgan bemerkt, in bezug auf Feuerung und Wucherpreise obenan. Es gelang, im Wege der Vereinbarung Lohn- und Feuerungszulagen dreimal zu erhöhen, so daß in Budapest eine Erhöhung des Verdienstes um 68,58 Proz., in der Provinz von 89,18 Proz. zu verzeichnen ist. Die Steigerung während des Krieges beträgt für Budapest 132,38 Proz., für die ungarländische Provinz 164,08 Proz. Die Setzungsleiter erzielten eine besondere Entschädigung für den Ausfall der Frühblätter an Montagen. Die Unterstützung der Kriegsgesellen der ungarischen Buchdrucker hat im Jahre 1917 aus dem von Buchdruckerbetreibern und Gehilfen gemeinsam gegründeten Fonds begonnen. Es erhalten die Waisen gefallener Kollegen in Budapest je 12 Kr., in der Provinz je 15 Kr. monatlich.

**Schweiz.** Über die Einschränkung des Papierverbrauches hat, wie wir der „Schweizerischen Typographie“ entnehmen, das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement unterm 9. Januar eine Verfügung erlassen, in welcher in der Hauptsache folgendes bestimmt wird: Die im Lande gedruckten oder vervielfältigten Zeitungen, Zeitschriften oder andere periodischen Publikationen haben ihren Papierverbrauch vom 1. Januar 1918 gegenüber dem Jahre 1917 quartalsweise folgendermaßen einzuschränken: Publikationen mit Papierverbrauch pro 1917 von mehr als 60000 kg um 15 Proz., Publikationen mit Papierverbrauch pro 1917 von 12001 bis und mit 60000 kg um 10 Proz., Publikationen mit einem Papierverbrauch pro 1917 von 3001 bis und mit 12000 kg um 5 Proz., Publikationen mit einem Papierverbrauch pro 1917 bis und mit 3000 kg um 3 Proz. In gewissen Fällen wird die Einschränkung reduziert oder erhöht. Wo besondere Verhältnisse dies rechtfertigen, kann die Einschränkung durch Einzelverfügung reduziert oder aufgehoben werden. Andererseits bleibt eine Erhöhung der Einschränkung bis auf 70 Proz. in einzelnen Fällen vorbehalten. Behördliche Publikationsorgane, die ausschließlich amtliche Mitteilungen enthalten, unterliegen den erwähnten Einschränkungen nicht. Diese Verfügung trat am 1. Januar 1918 in Kraft.

**Schweden.** Eine gemeinsame Konferenz der drei skandinavischen Buchdruckerorganisationen in Göteborg, die ganz kürzlich stattfand, beschäftigte sich mit einer Reihe von Fragen, die auf möglichst Einheitslichkeit in den Verwaltungseinrichtungen dieser Organisationen hinauslaufen.

**Frankreich.** In einzelnen Städten erwiesen sich die Prinzipale zunächst recht widerhaarig gegenüber dem Verlangen der Gehilfen nach Feuerungszulagen. Am auf ihre Rechnung zu kommen und in Anbetracht der auch in Frankreich gewaltigen Verteuerung aller Materialien gaben die Prinzipale dem Publikum nunmehr bekannt, daß ihre Mindestpreiserhöhungen betragen beim Setzungsdrucke 35 Proz., beim Buchdrucke 40 Proz. und beim Drucke von Anzeigen 70 Proz.

**Rußland.** Der Rat der Volkskommissare hat beschlossen, ein besonderes Tribunal für Preisvergehen zu schaffen. Die Preisvergehen sollen nicht etwa wegen der von ihnen vertretenen Anschauungen, sondern wegen Verbreitung falscher Nachrichten zur Verantwortung gezogen werden. Es sollen keine Personen, sondern die Druckereien als solche — Zeitungen, Zeitschriften, Bücher — haftbar gemacht werden. Es steht dem Verleger frei, einen beliebigen Vertreter zu diesem Tribunal zu entsenden. Als Strafen sind vorgegeben: Geldstrafen, öffentlicher Tadel, zeitweises oder gänzlich Verbot und in äußersten Fällen Konfiskation der betreffenden Druckerei.

**Amerika.** Eine neue Lohnvorlage, die der Zweigverein New York der Typographical Union den dortigen Setzungsverlegern unterbreitete, verlangt eine tägliche Lohnerhöhung von 1 Dollar und außerdem eine Arbeitszeitverlängerung für die Nachtarbeiter und in der noch nicht befristeten dritten Schicht um eine halbe Stunde. Auch soll während der Monate Juli und August, in denen das Setzungsgerwerbe gewöhnlich am schwächsten beschäftigt ist, die Arbeit in allen Schichten um eine halbe Stunde reduziert werden.

Die Seher an den englischen Zeitungen in Montreal (Kanada) erzielten eine wöchentliche Lohnerrhöhung von 3 Dollar für Tags- und 4,50 Dollar für Nachtarbeit; ferner wurde das Berechnen in diesen Zeitungen abgeschafft. In seiner Ausgabe vom 8. Dezember schrieb „The Cleveland Citizen“: „Zweihundertzig Streike sind in Frankreich errichtet worden, um die Gräber von Mitgliedern der International Typographical Union zu markieren, die im jetzigen Kriege getötet wurden. Sie waren alle Teilnehmer des kanadischen Expeditionskorps. Das Begräbnisgeld, das an die Hinterbliebenen gefallener Mitglieder bezahlt wurde, stellte sich bis Ende Mai 1917 auf 12225 Dollar.“ Wenn — was wir natürlich nicht wünschen wollen — die amerikanische Union im jetzigen Kriege so viele Opfer zu beklagen hätte wie unser deutscher Verband, dann würde sie jedenfalls nicht in der Lage sein, Sterbegeld für gefallene Mitglieder zu gewähren.

## Ernährungswirtschaft

### Das Problem der Kriegsmassenpeilung.

Mit dieser Frage hat sich der „Agr.“ einige Male schon beschäftigt; kurz nur, eigentlich zu kurz in Anbetracht der Bedeutung des Themas. Deshalb soll die Sache einmal einer näheren Betrachtung unterzogen werden. Soweit es der Raum zuläßt, natürlich.

Es ist tief bedauerlich, daß die Massenpeilung gerade in diesem Kriege die Probe aufs Exempel nicht bestehen kann. Zum Teil rächt sich die verlebte Ernährungslosigkeit auch hierin. Aber auch sonst mangelt es in jeder Beziehung, wie die Berichte aus den verschiedenen Städten beweisen. Selbst das notwendige Gebot der gesundheitslichen Zubereitung läßt zu wünschen übrig.

Von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, glaubt man schätzbare in der alten „bewährten“ Schablone weitermachen zu können. Daß da der größte Teil der Bevölkerung, der ordnungsgemäß zubereitete häusliche Stoff gewöhnt ist, nicht mitspricht oder nur nothgedrungen an den Speisungen teilnimmt, wenn der Lebensmittelmarkt gänzlich verlagert, ist leicht begreiflich. Das Publikum wird sich auch weiterhin zurückhaltend verhalten, wenn nicht durchgreifende Verbesserung eintritt! Ein körperlich angestrengt arbeitender Mann kann sich selbstverständlich nicht mit einem Himmelfahrtsbüchlein abfinden, und auch ein geistiger Arbeiter verlangt mehr.

Ist es denn wirklich so schwer, den Durchschnitt des Stoffverbrauches der in Betracht kommenden Besucher der Speiseanstalten festzustellen, oder macht man sich absolut kein Gewissen daraus, ob das Essen unzureichend ist oder nicht? Im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege müssen Staat oder Kommunen für die sanitär richtige Zusammenstellung verantwortlich gemacht werden. Ob es nun Einopfgericht oder getrennt zubereitete Speisen sind, ist gleich. Die Speisen dürfen nicht zu dünn und müssen mit größerer Sorgfalt und gesundheitslich einwandfrei hergerichtet sein. Jedermanns Stachelnpeil in der Gemachtheit kann natürlich nicht Berücksichtigung finden, aber es muß auch hierin nach allgemein anerkannten Grundrissen gehandelt werden. Wo bleibt hier das Wirken der Überwachungsanstalten, die doch wohl überall eingesetzt sind?

Auch bei knapper Zeit- und Fleischration läßt sich noch etwas Gutes schaffen. Man vertraue nur wirklich damit bewanderte gewöhnliche Personen und mache sie verantwortlich. Man läßt aber hierin Wünsche gerade sein und gibt sich keine Mühe, die Gunst der Allgemeinheit zu erwerben. Die Anstalten fragen auch mehr oder weniger Wohlwollenscharakter, so daß das teilnehmende Publikum fast geduldet ist und froh sein muß, einen nicht zu teuren Zuschuß zum Lebensunterhalte zu erhalten. Die Sachlage ändert sich aber, wenn nach dem Standpunkte des Reichsernährungsamts nicht nur Kartoffeln, sondern Fleischmarken in vollem Umlange, sondern schließlich auch noch die Lebensmittelmarken aberkannt werden. Die Teilnehmer müssen dann ein Recht auf reelle, kräftigende Mahlzeit haben, andernfalls kehren sie, wie bereits geschehen, in Massen der öffentlichen Speisung den Rücken und versuchen ihr Teil wieder in der Selbstbekümmung, soweit es der durch den Schleichhandel entfloßene Lebensmittelmarkt gestattet. Wenn ihnen fast familiäre Lebensmittelmarken für die Massenpeilung oder Kriegsküchen abgenommen werden und sie nach der Gegenleistung dafür suchen müssen, so daß manchmal förmlich von einem betrügerischen Verfahren gesprochen werden müßte, dann stehen sie sich trotz der im allgemeinen schlimmen Lage doch noch besser.

Aus besagten Gründen ging in Hamburg z. B. die Befehlsgewalt der Kriegsküchen auf unter die Hände und in den Mittelstandsküchen sogar bis unter den vierten Teil zurück. In vielen Städten, so auch in den Großberliner Gemeinden, findet deswegen keine Anrechnung der Nahrungsmittel statt und wird auch weiterhin nur ein Teil der Kartoffel- und Fleischmarken entwertet. Die Fabrikküchen und auch andere Anstalten fordern überhaupt keine Marken ab. In Darmstadt dagegen wird jede außerhalb der Häuslichkeit eingenommene Mahlzeit, also auch die in Gasthäusern, auf die Lebensmittelmarken angerechnet; in Frankfurt a. M. ist das wohl in gleichem Maße der Fall. Man sieht, es herrscht keine Einheitslichkeit; es ist gerade solche Ungleichheit wie in der übrigen Versorgung mit Nahrungsmitteln.

Wegen Materialmangel mußten auch viele Anstalten zeitweilig den Betrieb einstellen. Es war während der Zeit höchster Not, als die Folgen der verlebten Ernährungslosigkeit sehr stark in Erscheinung traten und der Schleichhandel die üppigsten Blüten trieb. Der Ernst der damaligen Lage wird wohl auch dadurch zur Genüge gekennzeichnet, daß schon Anfang Dezember 1916 militärischerseits die Zwangsmassenpeilung in Erwägung gezogen wurde. Aus leichtverständlichen Gründen kam es aber nicht zur Durchführung. Allenthalben begegnet man der öffentlichen Speisung mit Mißtrauen. Und dann ist auch anzunehmen, daß man das Karntel für die Träger des total verfahrenen Ernährungssoffens nicht machen wollte.

Nach einer Rundfrage des Kriegsernährungsamts Ende 1916 und Anfang 1917 hatten die Küchen an Zahl wohl zugenommen, aber die Einrichtungen wurden verhältnismäßig weniger benutzt. Die tatsächliche Befeiligung der höchstmöglichen Leistungsfähigkeit gegenübergestellt, zeigt, daß sich die Teilnehmerzahl fast verdreifachen könnte, ehe die volle Leistungsfähigkeit erreicht würde. Die Frequenz hat sich inzwischen nicht gehoben, sondern ist eher, bei fortwährender auf- und absteigender Tendenz, noch zurückgegangen. Abendessen wird nur wenig verabsolgt, in Fabrikküchen jedoch durch Nachschichten zum vierten Teil. Von 563 deutschen Gemeinden hatten 472 im ganzen 2207

Einrichtungen zur Massenpeilung, von denen 1076 allgemeine Kriegsküchen, 116 Mittelstands-, 528 Fabrik- und 487 sonstige Küchen waren. Der Portions- oder Literpreis ist sehr unterschiedlich, teils durch glücklicheren Einkauf in aufgestellten Bezirken, teils durch größere Zuschüsse der Gemeinden. Aber entgegengesetzt kennzeichnen sich die Ernährungsbedingungen der Zuschußgebiete, zumal der Großstädte, auch hier durch hohe Preise. Es werden 15—65 Pf. in Kriegs- oder Volksküchen und wohl nicht unter 1 Mk. in Mittelstandsküchen für die Portion Essen gezahlt. In Hamburg bezahlen Minderbemittelte und Kriegerfamilien 20 Pf., sonst 40 Pf., bei 65 Pf. Feststellungskosten, was bei 100000 Portionen täglich einen Zuschuß von 50000 Mk. und monatlich rund 1 1/2 Millionen Mark ausmacht. In Berlin werden jetzt durchweg 40 und 50 Pf. gezahlt. Die Zuschüsse betragen hier seit Einführung der Massenpeilung deshalb nur 1738000 Mk.

Im eigenen Interesse haben sich inzwischen mancherorts die Krankenkassen gerührt. In Berlin wurde damit der Anfang gemacht. In Leipzig hat die Allgemeine Ortskrankenkasse im Verein mit anderen Kassen eine gemeinnützige Krankenküche errichtet, um während der Kriegszeit kräftige Krankenkassenmitglieder an ihre erwerbsunfähigen Mitglieder verabreichen zu können. Jedenfalls ist das eine Folge der mangelhaften öffentlichen Speisung und der unzureichenden Krankenversorgung.

Diese oder ähnliche Wege der Selbsthilfe bleiben aber vielen verschlossen, so daß sie sich resigniert in die Zwangsangelegenheiten fügen müssen. Das jetzt angekündigte „strengere“ Vorgehen gegen Schleichhandel und Wucher wird auch die Massenpeilung, was Zubereitung anbetrifft, nicht verbessern helfen. Immerhin können aber die Gemeinden dadurch ausreichender und zu reellere Preisen mit Nahrungsmitteln versehen werden, so daß wirklich strenges Vorgehen doch wohl Rückwirkungen im verbessernden Sinn auf die Massenpeilung haben könnte.

### Die Kochkiste.

Da die Massenpeilung der Arbeiterschaft nicht den notwendigen Rückhalt geben kann und zugleich aus Gründen der Sparlichkeit infolge Gas- und Kohlenknappheit ist in jedem Haushalte der Gebrauch einer Kochkiste sehr zu empfehlen. Sie ist das Ideal derjenigen, die die jetzt knappen und teuren Nahrungsmittel so weitgehend wie möglich ansnützen und die Nährstoffe reiflos der Ernährung zugänglich machen. Durch das langsame Garkochen werden alle Nährwerte erschlossen, die blutbildenden Nährstoffe und der aromatische Ather werden festgehalten und die Beigabe von vielen nur schädlichen Gewürzen erübrigt sich. Fertig gekocht kann darin alles werden bis auf die Kartoffeln, „wozu vortrefflicher flottes Feuer“ benutzt wird. Der arbeitsfähige Frau hilft die Kochkiste über die Schwierigkeiten der Zubereitung warmen Essens am besten hinweg. Auch die zu Hause schaffende Frau kann sich unbelästigt anderen Arbeiten widmen, da sie ihr Mittagbrot zu bestimmter Stunde ganz gekocht weiß. Auch vor Feuergefahr durch Kinder ist sie sicher beim Verlassen der Wohnung.

Der Kochkiste kommt eine große Bedeutung zu, weshalb allerorts durch Behörden oder Vereine Beratungsstellen eingerichtet sind. In Wiesbaden wurden schon im Jahre 1915 Nudel- und Stärkeküchen aus den städtischen Lebensmittelverkaufsstellen zu Kochkisten verarbeitet und zu nur 2,50 Mk. an Minderbemittelte abgegeben. Die Industrie hat sich die Anfertigung der Küsten aus Holz oder Eisenblech zunutze gemacht und brachte auch besondere Typen auf den Markt, aber alles zu sehr hohen Preisen, weshalb die Selbstherstellung empfohlen sein soll, die als bekannt vorauszusetzen ist.

Mühlenerzeugnisse und Hülsenfrüchte wie auch Oberröhmische werden schon abends zuvor in dem zum Kochen bestimmten Topf und Wasser eingeweicht. Erst dann erfolgt das Ankochen: Hülsenfrüchte 25, Mühlenerzeugnisse 3—10, Gemüse 5—15 und Obst 5—10 Minuten vom Wallen an gerechnet. Die letzten 5—10 Minuten darf der Deckel nicht mehr gelüftet werden. Das Garkochen in der Kiste dauert je nachdem 2—5 Stunden. In heftig wallendem Zustande bringe man die Speisen so schnell wie möglich in die vorbereitete Kiste und schüttele sie schnell. Bei Hülsenfrüchten empfiehlt sich auch ein zweimaliges An- und Auskochen, erstmalig abends, die Nacht hindurch, und dann früh bis zum Mittag, mit hitzigerer Ankochzeit. Die Hauptsache ist ein ausreichender Deckel, der die zum Garkochen notwendige Hitze nicht entweichen läßt. —s.

## Korrespondenzen

**Fr. Bauen.** (Jahreshauptversammlung am 12. Januar.) Neben dem vom Vorsitzenden vorgelegten Jahresbericht und dem Berichte des Kassierers fand als wichtigster Punkt der Tagesordnung eine Eingabe an den Reichszentralrat in Sachen der durch nichts zu rechtfertigenden Einschränkung des Druckpapiers zur Beratung. Eine vorgelegte Eingabe wurde von der Versammlung aufgegeben und ist auch bereits an die zuständige Stelle abgehandelt worden. Die vorgenommenen Wahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl des Gesamtvorstandes für 1918; es ist dies nicht ohne dieses fünfsten Amtsjahr. Über diesen Punkten kamen noch einige minderwichtige Sachen zur Beratung, mit deren Erledigung die Versammlung ihr Ende erreicht hatte. — Anschließend hielt der Graphische Klub noch eine kurze Sitzung ab. Die zur Beratung stehenden Punkte fanden glatte Erledigung.

**Dessau.** In der am 13. Januar abgehaltenen Profetk-  
verammlung gab Gauverwalter Chr. Ohls (Halle) ein  
Bild über die unhaltbaren Zustände in der Papier-  
versorgung der Zeitungs- und anderer graphischen Be-  
triebe und führte an der Hand reichen Materials aus, daß,  
wenn nicht bald ernste Maßnahmen der maßgebenden  
Stellen ergriffen würden, es zu einem Zusammenbrüche zahl-  
reicher Buchdruckereien kommen müßte. Die Anwesenden  
beschlossen einstimmig, eine Vorstellung an das Herzogliche  
Staatsministerium und an den Reichskanzler zu richten,  
in der um baldige Behebung der bestehenden Papiernot  
gebeten wird.

**Erlangen.** Sein 50jähriges Arbeitsjubiläum  
konnte unser Kollege Frh. Steidel begehen. Aus diesem  
Anlasse wurden ihm vom Gau Bayern und der hiesigen  
Mitgliedschaft die besten Glückwünsche ausgesprochen und  
Geschenke überreicht. Der noch rüstige Jubilar hat sich  
viele Jahre in der Vorstandtschaft betätigt.

**Frankfurt a. d. O.** In der am 13. Januar im „Gewerk-  
schaftsbaus“ abgehaltenen Profetkverammlung über die  
herrschende Papiernot, wozu die Mitglieder des ge-  
samten graphischen Gewerbes eingeladen waren, hatten  
sich die Teilnehmer zahlreich eingefunden. Nach einem  
kurzen Vortrage des Vorstehenden wurde folgende Reso-  
lution einstimmig angenommen: „Anschließend an die von  
dem Tarifamt der Deutschen Buchdrucker an die Reichs-  
behörden gerichtete Eingabe vom 10. November 1917  
weisen wir Arbeiter des graphischen Gewerbes in Frank-  
furt a. d. O. auf die schweren Schädigungen hin, die durch  
die mangelhafte Papierbelieferung für unser wirtschaftliches  
und staatliches Leben entstanden sind. Insbesondere lenken  
wir die Aufmerksamkeit Eurer Excellenz auf den übergroßen  
und unkontrollierbaren Papierverbrauch in den Felddruck-  
ereien, ferner auf die Verwendung von Spinnpapieren für  
Zwecke, die der ersten Richtung der gesamten Kriegs-  
wirtschaft zuwiderlaufen, und hoffen, daß sofort Maßnahmen  
getroffen werden, um drohenden Arbeiterentlassungen ent-  
gegenzuwirken.“

**Freiburg i. B.** Am 13. Januar fand hier in der  
Brauerlei einer allgemeinen Profetkverammlung  
gegen die drohende Papiernot statt, zu der sich  
unser Mitglieder und die Mitglieder des Buchbinder-  
verbandes, des Gutenbergbundes und des Graphischen Zen-  
tralverbandes zahlreich eingefunden hatten. Gauverwalter  
Lindelaub hielt das einleitende Referat und führte u. a.  
aus: Der Krieg habe eine Reihe von Begleiterscheinungen  
gebracht, die zur Not auszuweichen. Dazu gehöre auch die  
Papiernot, die Hand in Hand gehe mit der Kohlennot.  
Das Vorhandensein und die Tätigkeit der Reichsstelle für  
Druckpapier, der Reichsstelle für Papierholz, der Reichs-  
kommission zur Sicherung des Papierbedarfes, der Kriegs-  
wirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe sowie  
des Reichsausschusses für Druckgewerbe hätten nicht zu  
verhindern vermocht, daß eine Papierkatastrophe herein-  
gebrochen sei. Die Behörden, die die Zeitungen ständig  
in Anspruch nähmen und mehr oder weniger auf sie an-  
gewiesen seien, hätten in der Frage der Papierbeschaffung  
vollständig versagt. Nun stehe das Gespenst der Arbeits-  
losigkeit, trotz der zahlreichen Einberufungen, drohend vor  
den Buchdruckergehilfen und den Angehörigen der übrigen  
graphischen Berufe. Der Redner gebühre jedoch das Ver-  
halten der Papierfabrikanten und -isieranten, deren Profit-  
wut unerlässlich sei und die sich der zarten Rücksichtnahme  
der Regierung erhehnen dürften, und wies zum Schluß auf  
die politische, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung der  
deutschen Presse hin, deren Lebensnotwendigkeit seitens  
der Regierung nicht verkannt werden sollten. In der Dis-  
kussion bemerkte Redakteur Weismann, daß unter der  
Papiernot auch die redaktionelle Herstellung der Zeitungen  
überordentlich erschwert sei. Es liege täglich eine große  
Fülle von Nachrichtenmaterial aus allen Ländern vor, aber  
es fehle der Raum, um sie unterzubringen. Und doch ver-  
lange der Leser gerade in der Gegenwart eine ausgiebige  
Berichterstattung über alle wichtigen Vorkommnisse. Da  
müsse gehütet und umgeschrieben werden. Man betrachte  
in manchen Kreisen noch immer die Presse als notwen-  
diges Übel, aber Tatsache sei, daß kein Staatsbürger heute  
mehr ohne eine Zeitung leben könne. Wessen sollten auch  
die Behörden eingedenk sein und den Zeitungsbetriebern  
unbedingt die Existenzmöglichkeit schaffen. Eine Abhilfe  
fordern Eingabe an den Reichskanzler wurde von der  
Versammlung einstimmig gutgeheißen.

**Begriff Guda.** Die am 13. Januar abgehaltene  
Bezirksversammlung war aus allen Bezirksorten  
vollständig besetzt. Die Versammlung befaßte sich mit der  
gegenwärtigen Papiernot und Papierveruerung. Nach  
einem Referat des derzeitigen Bezirksvorstehenden Jacob  
gelangte eine Resolution zur Annahme, in der u. a. betont  
wird, daß die Verarmen von der herrschenden Papier-  
not überzeugt sind und schnelle und dringliche Abhilfe  
fordern, da man sonst eine drohende Gefahr für das Buch-  
druckgewerbe erblicken müßte. Die Versammlung beauf-  
tragte den Bezirksvorstand, in einer Eingabe an den Reichs-  
kanzler die Gründe der Papierkatastrophe vorzutragen und  
um schnelle und durchgreifende Abhilfe zu ersuchen. Die  
Versammlung erwartete von der Reichsregierung, daß sie  
Mittel und Wege findet, um der herrschenden Papiernot  
und Papierveruerung ein Ziel zu setzen. Nach Erledigung  
einer Internia fand die Versammlung ihr Ende.

**F. Göttha.** Die am 12. Januar abgehaltene Orts-  
vereinsversammlung beschäftigte sich nach Erledigung  
einiger üblicher Angelegenheiten auch mit der allenthalben  
im Reiche bestehenden Papiernot und -veruerung.  
Vorstehender Eißhöfer schilderte in eindringlicher Weise  
die sich stetig noch steigenden Schwierigkeiten in der  
Papierversorgung und wies darauf hin, welche Gefahren  
eine weitere Einschränkung im Papierverbrauche für die

Existenz der Gehilfen mit sich bringen müßte. Die Ver-  
sammlung beschloß einstimmig, eine Eingabe an den  
Reichskanzler zu richten und darin um bessere Belieferung  
der Druckereien mit Papier sowie um Maßnahmen zu er-  
suchen, die den Fortbestand der Buchdruckereien und somit  
auch die Existenz der Gehilfen sichern.

**Hebwe.** Am 13. Januar fand hier selbst eine außer-  
ordentliche Ortsvereinsversammlung wegen der  
Papiernot statt, an welcher sich auch sämtliche Prin-  
zipale und Hilfsarbeiter beteiligten. Die Versammlung  
beschloß einstimmig, eine Eingabe an den Reichskanzler,  
worin dieser ersucht wird, Mittel und Wege zu finden, um  
eine bessere Versorgung der Druckereien mit Papier sicher-  
zustellen.

**Hünzburg.** Am 13. Januar fand hier eine öffent-  
liche Versammlung statt, die sich mit der herrschenden  
Papiernot beschäftigte. Am Schluß wurde eine Reso-  
lution an den Reichskanzler abgefaßt, die eine baldmöglichste  
Förderung der Papieranfertigung und damit bessere Belieferung  
der Druckereien mit Druckpapier fordert, damit dem  
Niedergange des graphischen Gewerbes Einhalt geboten  
und eine Arbeitslosigkeit durch Schließung von Druckereien  
nicht hervorgerufen wird.

**Mühlhausen i. Th.** Der hiesige Ortsverein hielt am  
12. Januar seine diesjährige Hauptversammlung ab.  
Im Vordergrund stand die Debatte über den seitens der  
Papierfabrikanten und -händler betriebenen Wucher und die  
durch ungenügende Maßnahmen der Reichsleitung erzeugte  
Papiernot, welche zu einer eingehend begründeten Ein-  
gabe an den Reichskanzler führte. Das Weiteren nahm  
die Versammlung Stellung zu einer Streikfrage innerhalb  
des Gaus und stellte sich dabei auf den Standpunkt des  
Gauvorsitzes. Nachdem die Jahresberichte erstattet worden  
waren, wurde der Vorstand, welcher außer dem Vorstehen-  
den in letzter Zeit zum Militärdienst eingezogen wurde,  
ergänzt.

**Neurode.** Die hier abgehaltene Profetkver-  
sammlung wegen der Papiernot war von Buch- und Stein-  
druckern gut besucht. Die Resolution an den Reichs-  
kanzler fand nach Änderung eines entsprechenden Referats  
des Vorstehenden einstimmige Annahme.

**Neustrelitz.** Unsere Generalversammlung am  
12. Januar hatte wieder einen schwachen Besuch aufzu-  
weisen. Wenn man bedenkt, daß im verflohenen Jahre  
nur vier Versammlungen abgehalten wurden, die durch-  
schnittlich von zwei Dritteln der noch am Ort anwesenden  
27 Mitglieder besucht waren, so kann man dies nur als  
Interesslosigkeit bezeichnen. Hoffen wir, daß es in neuen  
Jahre besser wird! Unter den Gaben stehen augenblick-  
lich 23 Kollegen, von denen ein Kollege ein Opfer des  
Krieges geworden ist. Die Gauunterstützung an die  
Kriegsereignisse (13) konnte auch in diesem Jahre um 4 Mk.  
durch den Ortsverein erhöht werden. Die neue Steuerungs-  
zulage ist statt bewilligt worden.

**Roskau.** In der am 13. Januar abgehaltenen  
Generalversammlung des hiesigen Ortsvereins er-  
staltete der Vorsitzende den Jahresbericht. Bis jetzt  
wurden 1767,50 Mk. an Kriegsereignisse und -müßter aus  
der Ortsvereinskasse gezahlt. In den Vorstand wurden  
die selber amtierenden Kollegen bis auf einen, der eine  
Wiederwahl ablehnte, wiedergewählt. Der Beitrag zur  
Ortskasse wurde in vorjähriger Höhe behalten, jedoch die  
Unterstützung an die Familien unserer Feldgrauen um 1 Mk.  
pro Quartal erhöht. Gegen die Papiernot wurde die  
Abwendung einer Eingabe an den Reichskanzler beschlossen.

**Saarbrücken.** Die am 13. Januar unter äußerst zahl-  
reicher Beteiligung seitens der Prinzipale, Geschäftsleiter,  
Vertreter der Schriftstellerei der hiesigen Tagespresse und  
des Buchbinderverbandes abgehaltene Profetkver-  
sammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Nachdem Bezirks-  
vorstehender Gutendorf die Erklärungen, besonders auch  
die Vertreter der hiesigen Genieur- und Kriegsamtstelle  
sowie die anwesenden Prinzipale, begrüßt hatte, ergriß der  
stellvertretende Gauverwalter M. Setwert (Ludwigshafen)  
das Wort zu seinem Referat über: „Die Papier-  
knappheit und ihre Folgen für das graphische Ge-  
werbe“. In längeren Ausführungen schilderte er die Ent-  
stehung und Ursache sowie die Folgen der Papiernot und  
empfahl am Schluß seiner Ausführungen die Annahme  
folgender Entschlüsse: „Die am 13. Januar 1918 in  
Saarbrücken im Saale der „Bürgerhalle“ stattgefundenen,  
aus allen Druckorten des Saarreviers von Prinzipalen  
und Gehilfen des graphischen Gewerbes zahlreich besuchte  
Versammlung richtet an Seine Excellenz den Herrn Reichs-  
kanzler die dringende Bitte, entsprechend der Eingabe des  
Tarifamtes der Deutschen Buchdrucker vom 10. No-  
vember v. J. für umgehende Behebung der Schwierig-  
keiten auf dem Gebiete der Papierversorgung bemüht zu  
sein. Sie hofft um so mehr auf Erfüllung dieser Bitte,  
als das Buchdruckgewerbe bei dem vielleicht nicht mehr allzu  
fernen Übergang in die Friedenswirtschaft eines derjenigen  
ist, die unter allen Umständen intakt und gerüstet sein  
müssen, um alle Bestrebungen zur Wehrbehebung von  
Handel und Verkehr im In- und Auslande unterstützen  
und fördern zu können.“ Nachdem noch Herr Buchdruckerei-  
besitzer R. Höfer namens des Bezirksvereins Saarbrücken  
des Deutschen Buchdruckervereins sich in zustimmendem  
Sinne geäußert hatte, wurde die Entschlüsse einstimmig  
angenommen. Bezirksvorstehender Gutendorf nahm die  
Gelegenheit wahr, den erkrankten Prinzipal namens  
der Gehilfen für die überwiegenen Weihnachtsgeschenke,  
welche sich in Höhe von 10 bis 40 Mk. bewegten, Dank  
auszusprechen.

**Schleswig.** In unserer Hauptversammlung wurde  
beschlossen, eine Eingabe an den Reichskanzler zu richten  
wegen der mangelhaften Papierversorgung. Ein

Profetk, der von dem Buchgewerbe angehörenden Personen  
unterzeichnet war, ist bereits abgefaßt.

**Waldburg (Schl.).** Am 13. Januar fand hier im  
Anschluß an die Generalversammlung unseres Ortsvereins  
eine allgemeine Versammlung der Angehörigen des  
graphischen Gewerbes statt, in der Profetk erhoben wurde  
gegen die mangelhafte Papierversorgung und die  
Papierveruerung. Es waren dazu die Kollegen aus  
Freiburg und Göttingen, Lithographen und Stein-  
drucker der Jahnstraße-Waldburg und Mitglieder des Gutenberg-  
bundes eingeladen und erschienen. Nach einem einleitenden  
Referat des Eisenrührers, Kollegen Kiesel, wurde  
eine Resolution einstimmig angenommen, in der entschieden  
Abhilfe von Seiten der Regierung verlangt wurde.

**Weimar.** Zu der am 13. Januar abgehaltenen Profetk-  
versammlung gegen die Papiernot war die Ge-  
hilfenschaft der graphischen Gewerbe von Weimar und  
Apolda eingeladen. Kollege Palm referierte über die jetzt  
herrschende Papiernot und deren Folgen für unser Ge-  
werbe. Eine Entschlüsse, die eine sofortige Änderung  
in der Papierversorgung fordert, wurde einstimmig an-  
genommen und ist an den Reichskanzler abgefaßt worden.

**Wittenberg.** Am 13. Januar, vormittags 11 Uhr, hielt  
der hiesige Ortsverein eine allgemeine Versammlung  
der im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter ab,  
welche sich mit der gegenwärtigen Papiernot beschäftigte.  
Die Versammlung gab einhellig der Meinung Ausdruck,  
daß es höchste Zeit sei, Schritte einzuleiten, die diesem  
Zustand in absehbarer Zeit ein Ende bereiten können.  
Man schloß sich im großen und ganzen der vom Tarif-  
amt am 10. November abgefaßten Eingabe an.  
Diese Entschlüsse wurde sofort zur Abstimmung gebracht,  
mit Unterschriften versehen. Die sehr sachlich verlaufene  
Versammlung wurde mit dem Wunsch auf baldige Besserung  
der allgemeinen Notlage geschlossen.

**Zittau.** Umstände halber hielt die hiesige Mitgliedschaft  
erst am 15. Januar die Profetkversammlung gegen die  
drohende Papiernot ab. Nach lebhaftem Meinungs-  
austausch über den auf den Umfang sowie den Geschäfts-  
betrieb immer empfindlicher wirkenden Papiermangel, unter-  
dem die nur noch zwei hier erscheinenden Tageszeitungen  
besonders zu leiden haben, wurde von der Versammlung  
eine Entschlüsse angenommen, welche vom Reichskanzler  
dringende Abhilfe dieses Notstandes fordert.

## ○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

**Von Buchdruckern im Kriege.** Von den im Felde  
stehenden Mitgliedern unserer Organisation erleiden das  
kleine Areal: Thomas Breßgott (Donauwörth), Hei-  
rich Oswald (Duisburg), Franz Busch und Wilhelm  
Barthele (Wittenberg), Hans Lüdemann (Eimshorn),  
Otto Benz (Grünstadt), Bernhard Griesendorf (Stein-  
lobn), Georg Kober (Ludwigshafen), Georg Muer, Simon  
Dirschel, Paul Fink und Peter Schnepf (Mühl-  
dorf a. S.) sowie Georg Richter (Neubamm). Damit  
haben bis jetzt 4988 Verbandskollegen diese militärische  
Auszeichnung erhalten.

**Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerstarbeiter.**  
In Serbit wurden die bis Ende 1917 fast allen Gehilfen,  
Lehrlingen und Hilfsarbeitern in Buchdruckereien be-  
willigten Zulagen und Geldkarten für das neue Jahr  
entzogen. Auf Eingabe des Ortsvereins und der Prin-  
zipale an den dortigen Magistrat wurden nunmehr die  
Buchdrucker als Schwerarbeiter mit einer monatlichen  
Zulage von 3000 g Brot und 200 g Fleisch anerkannt.  
In Krefeld wurden die Stereotypisten als Schwer-  
arbeiter anerkannt. — Die Buchdrucker in Wilhelmshaven-  
Rüfingen wurden als Schwerarbeiter an-  
erkannt; sie erhalten eine wöchentliche Brotzulage von  
700 g.

**Buchdrucker im Gerichtsdiene.** In Erlangen wurde  
Kollege Wolfgang Dorn als Schlichter angestellt.

**Meisterprüfung.** Kollege Richard Scheibe in Schwab-  
berg i. B. bestand vor der Prüfungskommission in Kirch-  
berg die Meisterprüfung mit „Gut“.

**Gasperr, Kraft- und Lichtmangel als Vermehrung  
der Schwierigkeiten im Druckereibetriebe.** Der Zu-  
gaben zu der Unertlichkeit der Papiernot sind es immer  
mehr geworden. Die Kohlennot in ihren zweierlei Aus-  
sagen hat schon in den letzten Monaten weitere und ganz  
einschneidende Beschränkungen eines regelrechten Betriebs  
zur Folge gehabt. In München spielt sogar der Wasser-  
mangel eine Rolle mit. Die Gasperr, die bereits in  
Großstädten wie Leipzig besteht, unterbindet die Ge-  
schäftsbearbeitung ganz bedeutend. Verschärfungen in der  
Arbeitszeit, wie sie früher als undenkbar galten, sind jetzt  
an der Tagesordnung. Wenn es dann unter Weß und  
Ach bis zur Drücklegung gekommen ist, gibt es häufig  
keinen Strom. In Großstädten ist es in diesem Winter  
wenigstens noch nicht zu dieser Katastrophe gekommen.  
Rotationsmaschinen wären dadurch ohne weiteres zum  
Stillstande verurteilt. Zeitungen mit Flachdruck können  
sich noch einigermaßen helfen — aber wie! Das „Sächsischer  
Tageblatt“ vom 18. Januar bringt eine Schilderung solcher  
Eingänge für seine Leser, die wir auch den übrigen nicht  
vorenthalten wollen, damit sie in der sich vor selbst  
ergebenden Verallgemeinerung auch den Lesern Anlaß zu  
gründlichem Nachdenken bieten, deren Nichts es ist, mit  
aller Kraft für die Befestigung derartiger schreiender Zu-  
stände zu sorgen. Noch in anderer Beziehung ist es charak-  
teristisch und verdient Beachtung, was wir da in ge-  
nanntem Blatte lesen und hier verkürzt wiedergeben:

Während wir uns in die durch die Gasperre geschaffene Lage hineinfinden müssen und durch Überstunden das Arbeitsquantum zu schaffen suchen, sitzen wir beim Ausbleiben des elektrischen Stromes völlig auf dem trockenen. Der Saß ist mit vieler Mühe fertiggestellt und in der Presse, die Leser warten schon auf das Blatt. Wir aber warten noch immer auf den Strom, der der Presse erst das Leben einhauchen soll. Was nun? ... Die Zeitung muß fertig werden, da gibt es kein Besinnen, drum müssen wir versuchen, die Presse durch Menschenkraft fortzubewegen. Willig unterwirft sich das ganze Personal dieser anstrengenden Arbeit. Das auch der Chef mitmacht, ist selbstverständlich und sei nur nebenbei erwähnt. Mittels Kurbel und an Stricken wird das Langemul von Presse, das nur auf Kraftbetrieb eingerichtet ist, in Gang gesetzt. Es geht, doch fragt uns nur nicht wie! Die Presse laucht, die Arbeiter heuchen, und der dicke Schweiß rinnt von der Stirn der sich Anmühenden. „Sch wollte, die Auflage wäre durch oder der Strom käme!“ ringt es sich verzweifelt von den Lippen so manchen Sehers. Aber der Strom kommt nicht, und so muß die harte Anochenarbeit mehrere Stunden hindurch geleistet werden. Aber Schwerkarbeiter sind die Buchdrucker deshalb doch nicht, wenigstens nicht in unserm Kreise. Was brauchen die Buchdrucker eine Brotzulaße! Es ist ja so leicht, tagsüber an der nervengereizten Sehmäschine zu arbeiten, am heißen Bleihessel zu hantieren oder in der heißaufgelockerten Luft der Seherie die Buchstaben aufzureihen, um am Abend, jezt schon formide und ruhebedürftig, noch mehrere Stunden an der Setzungs- presse abzumühen! Die Arbeit der letzten Tage können wir nicht fähig leisten. Wir müssen daher unsere Leser darauf aufmerksam machen, daß wir bei weiterem Aussetzen des elektrischen Stromes wahrscheinlich nicht mehr in der Lage sind, das Blatt ohne Maschinenkraft fertigzustellen; wir können dann erst weiterdrucken, wenn der elektrische Strom uns behilflich ist. Sollte dieser Fall eintreten, bitten wir schon jetzt um Nachsicht. Wir tun alles, um ein rechtzeitiges Erscheinen zu ermöglichen; der Zustand, wie er aber jezt war, geht über unsre Kraft. Sollten indes einige Leser geneigt sein, ihre Arbeitskraft in den Dienst der Presse zu stellen, dann bitte, nachmittags 4 Uhr steht die Maschine zum Drucke bereit! Wer wagt es, Rittersmann oder Knapp? — So weit das Schwebder Blatt. Es ist wirklich nicht zu viel gesagt, wenn wir erklären, daß die Presse am Ende ihres Rates ist. Die Tagesstellungen aber nicht allein. Mit den Zeitschriften und dem Buchdruck überhaupt steht es eben so schlimm; nur daß es hier nicht ganz so auf die Minute drängt. Das Evangelium des Durchhaltens, das von den amtlichen Stellen immer wieder zur Sturmbeschwörung in Anwendung kommt, zieht wirklich nicht länger, wenn es nicht mehr zum Aushalten mit den eingetretenen Verhältnissen ist.

**Unberechnete Ertragsgewinne im Buchhandel.** Wie der Kriegsausbruch für Konsumanteninteressen festgelegt hat, werden jezt vielfach im Buchhandel unberechnete Gewinne dadurch erzielt, daß ältere Bestände gangbarer Bücher, deren Neuausgaben wegen der stark gestiegenen Papier-, Tinten-, Farb-, Dr., Kohlen- usw. Preise und der Lohnerhöhungen mit Preisauflagen herauskommen, zu den für diese neuen Buchlieferungen zu Recht bestehenden höheren Preisen verkauft werden. Die Korrespondenz „Verbraucher-wirtschaft im Krieg“ bemerkt dazu: Ganz besonders verwerflich ist dieser Preiswucher bei den für die breiten Schichten der Bevölkerung bestimmten Büchern und Musikalien. Z. B. kosten die bekannten Nummern der Minia-tur-Bibliothek statt bisher 10 Pf. jezt 15 Pf., die Schott-Musikalien statt 20 Pf. nunmehr 25 Pf., und die Reclam-

Bändchen sind von 20 auf 40 Pf. gestiegen. Da der Nutzen der Buchhändler an jedem Bändchen dieser Volksausgaben gesichert und deren Betrieb ohne Risiko ist, muß es als ganz besonders verwerflich bezeichnet werden, wenn eine Sortimentsbuchhandlung durch Verabfolgung älterer Bestände zu neuen höheren Einheitspreisen einen Ertrag-nutzen von 33 1/2 bzw. 20 Proz. des neuen Ladenpreises einheimt. Ein andres Beispiel: Ein Band aus der Guffen-schlagens Sammlung Deutscher Reichsgesetze, 1910 gedruckt, kostete heute statt 1,25 Mk. 1,90 Mk. Davon berechnet der Buchhändler noch 10 Proz. Steuerzuschlag, so daß der Preis des Buches 2,20 statt 1,25 Mk. beträgt, also ein durch nichts gerechtfertigter Nutzen von 76 Proz. — Soweit es sich um ältere Bestände und nicht um Nachdrucke handelt, sind natürlich derartige hohe Preissteigerungen ge-eignet, beim kaufenden Publikum Unwillen auszulösen. Bei den meisten Druckerzeugnissen wird sich indes leicht feststellen lassen, ob das betreffende Heft oder Buch noch den alten Preisaufdruck trägt oder ob dieser etwa über-stempelt, überlebt oder sonstige verändert ist. Vielfach wird auch durch die Prüfung des eingedruckten Erscheinungsjahrs festzustellen sein, ob eine Überverkäufung vorliegt. Daß sich das Publikum dagegen zur Wehr setzt, das müssen sich die Buchhändler, die im letzten Jahre ein brillantes Weich-nachgeschäft machten, schon gefallen lassen. Die Buchhändler selbst verstehen ja auch sehr genau zu rechnen. Mancher unserer Prinzipale könnte davon ein Liedchen singen, und auch die Buchdruckergehilfen haben es noch nicht vergessen, das gerade die Buchhändler im Jahre 1916 verlangten, vor der Bewilligung von Steuerzuschlägen an die Gehilfen gehört zu werden. In welchem Sinne, darüber besteht bei uns nach früheren Erfahrungen kein Zweifel.

**Beprechung zwischen Gewerkschaften und Kriegs-ernährungsamt.** Ende voriger Woche fand im Kriegs-ernährungsamt eine Beprechung zwischen Vertretern der Arbeiterschaft mit der Leitung des Amtes über Ernährungsfragen statt. Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, haben sich die Arbeitervertreter mit den Vereinbarungen, die kurz vorher mit den Vertretern der Großindustrie im Kriegs-ernährungsamt getroffen wurden, einverstanden erklärt. Der Schleichhandel soll energisch bekämpft und die Preis-treibereien der Großindustrie und einzelner Kommunen nach Möglichkeit eingedämmt werden. Vom Kriegs-ernährungsamt wurde versprochen, daß die Arbeiter auf legalem Wege die Mengen Lebensmittel erhalten sollen, die sie zur Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit gebrauchen.

**Zur Bekämpfung der Steuerzuschläge in Sachsen.** Mitte voriger Woche gelangte der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes, der in der Hauptsache die Bekämpfung der Steuerzuschläge vorzieht, zur Vorberatung. Ein konservativer und ein national-liberaler Redner äußerten verschiedene Wünsche in Steuer-fragen, die durch den vorliegenden Entwurf nicht berücksichtig-t wurden. Der sozialdemokratische Abgeordnete August Hübner übernahm eine Reform des Steuergesetzes auf der Grundlage der Gerechtigkeit. Er verlangte weitest-gehende Beseitigung der Härten und den Ausbau des so genannten Ainderparagrafen. Im übrigen sei die jezt vorgeschlagene Regelung der Bekämpfung der Steuerzuschläge gegenüber dem Verfahren in Preußen vorzuziehen, denn es werde in Sachsen wenigstens der Zustand der Gleichmäßigkeit erreicht. In Preußen müssen jezt die Arbeiter und Privatangestellten ihre Steuerzuschläge versteuern, während die den Staatsbeamten und Staats-arbeitern gewährten Steuerzuschläge steuerfrei bleiben. Von der Regierung müsse eine Erklärung abgegeben werden, daß nicht beabsichtigt sei, die von der Kriegs-

fürsorge außer der Kriegsunterstützung — die ja steuerfrei sei — gegebenen sonstigen Beihilfen sowie die Unter-stützungen des Vereins „Heimatbank“ nicht in die Steuer-pflicht einzubeziehen. Nachdem noch ein freimüthiger Ab-geordneter sich der Beamten angenommen und dadurch eine regelrechte Beamtendebatte entzündet hatte, ging der Steuergeheimrat zur Weiterberatung an die Finanz-deputation.

**Briefkasten.**

**H. B. in D.:** Für gef. Angaben idbl. Dank. — **H. P. aus R.:** Was wir da als Situationsbericht über tatsächliche Gemüthe mit dazu-gehörenden Marginalien erhalten haben, ist wohl für die wieder auf-zubühende Gemeinde in der „Ehemichen“ bestimmt, während die Schulgenosse „uns gilt.“ Es kommt aber alles an den Mann. Haben uns so vorweg freuen können. — **D. M. in R.:** Findet Auf-nahme. — **H. G. in R.:** Es bedarf noch eines solchen Sinneles. — **G. R. in R.:** Bei nächster Besetzung mit der Papierart wird Ihre Schreiben zweckmäßige Verwendung und dazufolgende Überweisung nach Berlin finden. Diesmal ließ es sich nicht mit verarbeiten. — **H. P. in R.:** Im Briefkasten der Nr. 6 hat dieser Betriebsunfall schon Aufklärung gefunden. — **H. R. in R.:** Mitteilungen 2 und 3 teils nicht verwendbar, teils überholt; die erste kommt, weil keine eigene Buchdruckerische, in die „Rundschau“. — **D. G. in R.:** Die Mißverständnisse im Buchdruckerberuf von Hindl. Zu beizien durch Kollegen G. Siegl, Leipzig, Altenstraße 17 B. — **D. S. in R.:** Karlsruhe: 3,50 Mk.

Verbandsnachteine  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissostraße 5 II.  
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1197.

**Polen.** Der Seher Walter Wäse (Hauptbuch-nr. 107574), geboren in Polen am 23. April 1884, wird aufgeführt, istort keine Adresse dem Posener Vor-stande mitzuteilen. Die Funktionäre werden ersucht, eventuelle Mitteilungen über den Aufenthalt des W. dem Kassierer Hermann Grabl, An der Grabenpforte 6 p., zu machen.

**Adressenveränderungen.**

**Münchab (Banern).** Vorhändler: Christian Hannes, Schalk-häuler Straße 57 I.; Kassierer: Gustav Schäbe, Nürnberger Straße 12.  
**Brandenburg (Orf.).** Vorhändler: Adam Bär, Wallstraße 28. Kassierer: P. Walzobach, Kirchplatz 6.  
**Sagen i. W.** Vorhändler: L. Lorenz, Alndstraße 24.

**Zur Aufnahme gemeldet**

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):  
Im Gau Rheinland-Westfalen die Seher I. Oswald Selbach, geb. in Lüdenscheid 1875, ausget. dat. 1893; war schon Mitglied; geb. in Bären 1881, ausget. dat. 1898; war noch nicht Mitglied. — Emil Albrecht in Köln, Gereonshof 28.

**Veranstaltungskalender.**

**Berlin.** Kurzelektionen der Hauptversammlung am Sonntag, den 27. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Altdammstraße 44.  
**Düsseldorf.** Maschinenlehre-Hauptversammlung Sonntag, den 27. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Karlshöfer Hof“, Karlshof.  
**Magdeburg.** Maschinenlehre-Generalsversammlung Sonntag, den 26. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Hohen-sleiner“, Breitenweg 168 II.  
**Polen.** Hauptversammlung Sonntag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, im „Sächsischen Hof“, Breslauer Straße 15.  
**Ulm-Heimath.** Generalsversammlung Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 Uhr.  
**Wittenberg (Salle).** Generalversammlung Sonntag, den 26. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Zur Granate“, Bürgermeisterstraße.  
**Zwickau.** Maschinenlehre-Bezirksversammlung Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 Uhr, im „Goldenen Becher“, äußere Leipziger Straße.

**Fächliche**  
**Azidenz- und Anzeigenseher** 108.  
ebenjo ein

**Monotypseher**  
(D-Zeller) in dauernde Stellung gesucht. An-gebote, die Lohnforderungen enthalten, an H. Bagel, Düsseldorf 112.

**Schrißseher**  
**Linotypseher**  
**Maschinenmeister**  
gesucht. Angebote schriftlich mit Gehaltsfor-derung erbeten. 128  
Julius Siffenfeld, Hofbuchdrucker, Berlin W 8, Mauerstraße 43/44.

**Typographseher**  
für Werkstatt such.  
Julius Behl, Hofbuchdrucker, Rangenstraße. 119

Zum möglichst sofortigen Antritt tüchtiger  
**Maschinenmeister**  
und einige  
**Schrißseher** 126  
gesucht.  
Buchdrucker der „Landeszeitung“, Neustreitig i. Mecklb.

**Fächliche**  
**Maschinenmeister**  
mittlerer, in Werk- und Autotypdruck Gütes-tellend, in dauernde Stellung gesucht. 129  
Serrée & Rebling, Steffin.

**Maschinenmeister**  
zum möglichst baldigen Eintritt in dauernde Stel-lung gesucht. 130  
Oberhardtsche Hof- und Ratsbuchdruckerel, Wismar i. W.

**Maschinenmeister**  
im Werkdruck bewandert, sofort gefücht. An-erboten mit Gehaltsansprüchen erbeten. 15  
Pierersche Hofbuchdruckerel, Altenburg (S.-M.).

**Fächliche**  
**Maschinenmeister**  
für sofort gefücht. 117  
„Der Holzmarkt“, Berlin SW 68.

Wir suchen zum baldigen Eintritt einen militär-irelen 127  
**Rotationsmaschinenmeister**  
für 64seitige A. & B. Bierrollenmaschine und 32seitige Flugburger Zweifrollenmaschine oder einen  
**tüchtigen Flachdrucker**  
der sich zum Rotationsmaschinenmeister ausbilden möchte. Angebote erbeten wir mit Bild und Zeug-nisabschriften sowie der bisherigen Tätigkeit, des Eintrittstermins und der Lohnforderung.  
W. Girardet,  
Verlag der „Hilfsblätter Nachrichten“ („Hilfsblätter Generalanzeiger“), Düsseldorf, Schleichbach 478.

**Maschinenmeisterverein**  
Hamburg-Altonaer Buchdrucker.  
Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal (C. Wils), Kleine Rosenstraße 16:  
**Generalversammlung.**  
Tagesordnung: 1. Vereins-mitteilungen; 2. Jahresrechnung; 3. Wahl des Vorstandes und der Revisorat; 4. Wahl der Sch-nischen Kommission; 5. Vortrag des Kollegen W. Wiler: Die Zentralkommission im Krieges; 6. Rechnungs; 7. Verschiedenes. 123  
Der Vorstand.  
Um die Adressen unrer im Felde stehenden Mitglieder an Eug. Bolliger, Hamburg 1, Bühnen-pollen 14 IV, wird freundlichst gebeten.

**„Typographia“ Berlin**  
Sonntag, den 27. Januar:  
**Berrenpartie**  
nach Weidmannsfehl, Schulgendorf.  
Treffpunkt: Steffin, Borndammhof, W-fahrt: 8,49 Uhr. Frühkuch: Weidmannsfehl, Restaurant Lindenbecker; Mittag: Schulgendorf, Restaurant Lindenhof, Fleischhake (50) mitbringen, dabei auch Käse.  
Zahlreicher Beteiligung steht entgegen 131  
Der Vorstand.

**Maschinenseherausbildung**  
Sonderkurse an Typographmaschinen  
**Handwerker- und Kunstgewerbeschule**  
Abteilung Graphische Fachschule — Barmen  
**Beilenmaß** mit sämtlichen Einrichtungen 28 Pf.  
G. Fritz, Mainz, Mainstraße 30.

Wiederum hat der Völkerrkrieg drei liebe Kollegen aus unrer Reihen gefordert. Es haben an ihren erlittenen Verwun-dungen der Druckerstereotypur 125

**Reinhard Höb**  
aus Kaiserslautern, der Drucker  
**Albert Stirm**  
aus Karlsruhe und der Seher  
**August Gleichmann**  
aus Bruchal.  
Ein ehrendes Andenken wird Ihnen bewahrt.  
Bezirks- und Ortsverein Karlsruhe.

In dem Völkerringen fiel unser Kollege, der Maschinenseher 124  
**Wilhelm Schülein**  
aus Schoploch.  
Wir werden das Andenken des so jung ge-lassenen, lebenswürdigen Kollegen immer in Ehren halten.  
Bezirks- und Ortsverein Duisburg.

Am Freitag, dem 18. Januar, verschied nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Seher 132  
**Paul Alos**  
aus Eibersfeld, im Alter von 34 Jahren.  
Wir betrauern den Tod dieses braven Kollegen aufrichtig und werden seiner stets ehrend gedenken.  
Ortsverein Eibersfeld.

Am Freitag, dem 11. Januar, verstarb nach kurzem Krankenlager unser lang-jähriger Mitarbeiter, Freund und Kollege, der Schrißseher 133  
**Emil Schreiber**  
im 47. Lebensjahre.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Berlin, 19. Januar 1918  
Das Personal der Firma Ditt v. Kollon, Berlin.